Steuer CD´s aus der Schweiz kaufen, aber die Arbeit der "Geldwäschekontrolle" auf Kommunen abwälzen

Erst tönte man, das Land NRW müsse weitere Steuer CD´s aus der Schweiz kaufen, weil angeblich kein automatischer Informationsaustausch zwischen Bund und Land stattfinde. Jetzt sollen Kommunen mit staatlichen Aufgaben befrachtet werden, die in der Zuständigkeit des Landes liegen. Wir Liberalen meinen, dass „Geldwäschekontrolle" keine kommunale Kernaufgabe ist. Nach dem Geldwäschegesetz sind Gewerbetreibende dazu verpflichtet, verdächtige Geschäfte in ihrem Umfeld an die Behörden zu melden. Dies zu kontrollieren, ist Aufgabe des Landes NRW. Zuständige Stellen sind die Bezirksregierungen. Die rot-grüne Landesregierung will sich dieser wichtigen staatlichen Aufgabe entziehen und die "Geldwäschekontrolle" auf die Kommunen abwälzen. Mehraufgaben kosten aber Zeit und Geld. Im Wirtschaftsministerium gab es hierzu bereits einen Verordnungsentwurf. Zwar wurde dieser auf Druck des Städtetags und des Landtags kurzfristig wieder einkassiert, die Antwort auf eine Anfrage der FDP zeigt aber, dass SPD und Grüne an ihren Planungen zur Kommunalisierung der "Geldwäschekontrolle" festhalten. Dies ist aber eine diffizile Aufgabe der Kriminalitätsbekämpfung. Sie erfordert sowohl rechtliches als auch ökonomisches Spezialwissen. Kommunalbeamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes sind dafür nicht ausgebildet. In Schleswig-Holstein hat man bereits schlechte Erfahrungen damit gemacht, Standesbeamte als Geldwäschekontrolleure einzusetzen. Dort ist man bereits dabei, die Aufgabenübertragung rückgängig zu machen. Rot-Grün ignoriert die Bedenken des Städtetags. Kommunalfreundliches Verhalten sieht anders aus. Wir Liberalen meinen: "ROT/GRÜN" - oder "Kommunal die teuerste Wahl!". Lesen Sie weiter unter www.fdp-lohmar.de